

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit od. sonstig irgend welcher Störung d. Vertriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchentl. — 55 Gold-Mark bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentl. — 50 Gold-Mark; durch die Post monatlich M 2.50 freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Goldmark: Die sechsmal gespaltene Beizeile (Masse's Zeilenmesser 14) M — 20, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M — 15. Ähnliche Zeile M — 60 und M — 45; Reklame M — 50. Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigen gebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbeitrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. — Briefkurs vom Zahlung. Mindestkurs: Tag der Rechnung. — Familien-Anzeigen nach ermäßigtem Tarif

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großhörn, Bietzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Otto Dorn in Pulsnitz.

Nummer 102

Dienstag, den 26. August 1924

76. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Wegesperrung.

Infolge Neuaufschüttung des Oberlichtenau-Weißbacher Kommunikationsweges wird dieser von Donnerstag, den 28. August 1924 bis zur Fertigstellung für den Verkehr gesperrt.

Der Verkehr wird über Pulsnitz geleitet.
Oberlichtenau, am 28. August 1924.

Der Gemeinderat.

Inserate für alle Zeitungen

vermittelt vollständig kostenlos

Verlag des „Pulsnitzer Wochenblattes“.

Das Wichtigste.

Im Reichstage gaben am Sonnabend Reichskanzler Marx, Reichsfinanzminister Luther und Reichsminister des Äußern Stresemann Erklärungen über die Ergebnisse der Londoner Konferenz ab.

Der wirtschaftspolitische und der finanzpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates haben sich am Sonnabend entschlossen, die Annahme der Dawes-Gesetze zu empfehlen.

Großadmiral v. Tirpitz, Reichstagspräsident Wallraf und Abgeordnete Bagale sollen in der letzten Fraktions Sitzung der Deutschnationalen für die Annahme der Londoner Beschlüsse eingetreten sein.

In Budapest haben deutsche Konsulatsbeamte bei der Gegenüberstellung mit dem angeblichen Heinrich Förster festgestellt, daß er mit dem Kaufmann Heinrich Schulz, dem Mörder Erzbergers, identisch ist.

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages, der vom Sonntag morgen 10 Uhr bis abends 8 Uhr ohne Unterbrechung tagte, wurden die Gesetzentwürfe über die Industriebelastung und über die Aufbringung derselben mit einigen Abänderungen angenommen, sowie auch der vom Reichsrat gestrichene Absatz des § 2 des Aufbringungsgesetzes.

In der Montag-Sitzung des Reichstages gab der Abgeordnete Hergt eine Erklärung ab, in der er sich gegen die Londoner Verständigung wandte. Er schloß mit den Worten: „Den Deutschnationalen bleibt kein anderer Weg als die Ablehnung aller Gutsachtengesetze.“

Die Kommunisten haben im Reichstag den Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes eingebracht. In der Vorlage wird u. a. die Enteignung des Grund und Bodens des Hausbesitzes, der Banken und Kreditunternehmungen verlangt.

Beim Reichsminister des Auswärtigen ist folgendes Telegramm eingegangen: „Hundert wegen deutschnationaler Propaganda im französischen Gefängnis Dortmund nach Freiheit schwachende Gefangene bitten unter allen Umständen um Annahme des Londoner Abkommens.“

Als Nachfolger des verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Hugo Sachs wird der Schäftemacher Köhler in Wolkenstein in den Landtag eintreten.

Durch Verfügung des Oberkommandierenden in dem besetzten Gebiet ist die Zeitschrift „Rundschau, Monatschrift für Jugendführer und Jungmännertumskommissionen“ bis zum 25. September verboten worden.

Der Berliner belgische Botschafter Graf de la Taille wird nach einer Agenturmeldung aus Brüssel als Botschafter nach Rom gehen. Der bisherige belgische Botschafter in Rom Graf van de Steen wird in den Ruhestand versetzt.

Die französische Kammer hat zum Schluß der Nacht-Sitzung am Sonnabend die Interpellationen über das Londoner Abkommen erledigt und der Regierung mit 336 gegen 204 Stimmen ihr Vertrauen ausgesprochen.

Neuter erzählt, daß die persischen Minister ihr Amt niedergelegt haben.

Das Londoner Abkommen vor dem Reichstage Die Parteien zur Regierungserklärung

Deutscher Reichstag.

22. Sitzung am 23. August.

Haus und Tribünen sind gut besetzt.

Am Regierungstische: Reichskanzler Marx, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichsernährungsminister Graf Ranitz, Reichswirtschaftsminister Hamm.

Der kommunistische Abgeordnete Dr. Schwarz befindet sich nicht im Saale.

Präsident Wallraf eröffnet die Sitzung um 10 20 Uhr mit der Erklärung, der Abg. Dr. Schwarz, den er auf Grund des Art. 28 der Reichsverfassung kraft des ihm zustehenden Hausrechtes ausgeschlossen habe, habe einen schriftlichen Einspruch eingebracht. Der Präsident verliest den bereits bekannten Wortlaut des Einspruchs. Er fügt hinzu, der Einspruch stehe zwar nicht auf der Tagesordnung, er bitte aber um das Einverständnis des Hauses, ihn noch auf die Tagesordnung zu setzen und zwar an die zweite Stelle. (Unruhe bei den Kommunisten.)

Die Regierung über die Londoner Abmachungen

Reichskanzler Marx erhält darauf das Wort zur Erklärung der Regierung. Sofort setzen wieder die Rufe der Kommunisten ein: „Amnestie, Herr Reichskanzler! Zuchthauskanzler! Der Reichskanzler beginnt trotzdem seine Rede, worauf die Rufe der Kommunisten sofort verstummen. Reichskanzler Marx begann seine Erklärung mit der Bemerkung, er rühme sich nicht, einen Erfolg in London erlangen zu haben. Die Regierung sei sich bewußt, daß die Arbeit, die in London zu vollbringen war, keine Erfolge bringen konnte. Das Sachverständigen-gutachten sei ebensowenig erfreulich wie der Versailler Vertrag, und die Regierung hat nur darüber bestimmt, Mitteilungen zu erstatten und die Delegation hat wohl auch in keinem Falle eine Verschlechterung gegenüber dem jetzigen Zustand erreicht. Die deutsche Delegation hat entschieden und offen die deutschen Bedenken und ihre Beschlüsse vorgebracht. Es war das erste Mal seit Beendigung des Krieges, daß die Alliierten mit uns als Gleichberechtigte verhandelt haben. Es ist ein großer Teil unserer Gegenvorschläge als berechtigt anerkannt worden. Keinesfalls hat es sich um ein Ultimatum oder um ein Diktat gehandelt. Die Sorge der Delegation hat vor allem dem Ziel gegolten, deutsches Land von fremder Besatzung zu befreien. Wenn diese Bemühungen nicht die erstrebten Ergebnisse gezeitigt haben, so sei das in erster Linie dem Umstand zuzuschreiben, daß den Parteien in London nach vieler Richtung hin die Hände gebunden waren, namentlich durch das Problem der interalliierten Schulden. Auf der Londoner Konferenz waren seit Kriegsende zum zweiten Male wieder Verständigungsmöglichkeiten und ernsthafter Wille zur friedlichen Regelung der traurigen Kriegshinterlassenschaft vorhanden. Die deutsche Delegation war nach Ausschöpfung aller zur Verfü-

gung stehenden Mittel einmütig der Ueberzeugung, daß die Ablehnung der französisch-belgischen Zugeständnisse in der Ruhrfrage auf absehbare Zeit nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Verhältnisse im besetzten Gebiet verursacht haben würde, und daß zugleich auch die durch das Gutachten und die Londoner Konferenz erzielte erträgliche Lösung der Reparationsfrage in unabsehbare Ferne gerückt wäre. Die Verantwortung dafür haben wir nicht übernehmen können. Da ich die Abkommen Ihnen zur Annahme empfehle, möchte ich anschließend einen Gedanken aussprechen, der bei Ihrer Entscheidung eine gebührende Berücksichtigung finden möge. Es ist dies der Gedanke an die ernste Alternative, vor der wir stehen. Welche Folgen haben wir für unser Volk und unsere heimatische Wirtschaft zu erwarten, wenn wir die in London erzielte Regelung nicht zur Wirklichkeit werden lassen, sondern der gegenwärtige Zustand auf unbestimmte Dauer fortbesteht? Die Umstellung der amerikanischen Politik, die sich auf das Dawesgutachten hin wieder zur Mitarbeit an dem europäischen Problem entschlossen hat, droht zu scheitern, wenn das Gutachten von einem der Hauptbeteiligten von Europa abgelehnt wird. Auf diese Gefahr hinzuweisen und an alle Parteien erneut die Mahnung zu richten, sich der Verantwortlichkeit der zu treffenden Entscheidung bewußt zu sein, halte ich für meine höchste vaterländische Pflicht. Das ganze deutsche Volk, die ganze Welt richtet den Blick auf das besetzte Gebiet, dem unser aller heißesten Wünsche gelten. Es hat uns seinen Willen kundgetan, seine Hoffnungen sind erwacht, es darf nicht betrogen werden.

Die Rede des Reichskanzlers wird wiederholt durch Gelächter und höhnische Zurufe der Kommunisten und auch einiger Deutschnationalen unterbrochen, namentlich an den Stellen, wo von Deutschlands nationaler Würde und von Deutschlands Souveränität die Rede ist. Auch die Rufe: „Zuchthauskanzler!“ wiederholen sich. Der Schluß der Rede ruft bei der Mehrheit lebhaften Beifall hervor, der von den Kommunisten mit Pfui-Rufen beantwortet wird. Die Deutschnationalen enthalten sich jeglicher Kundgebung. Als nunmehr

Reichsfinanzminister Dr. Luther die Rednertribüne betritt, rufen ihm die Kommunisten zu: „Oberschieber!“ Da er sich nicht vernehmlich machen kann, ruft der Finanzminister den Kommunisten erregt zu: „Ihnen scheint die Wahrheit außerordentlich unangenehm zu sein!“ Die Zwischenrufe der Kommunisten werden darauf nur noch lauter.

Präsident Wallraf verwarnt die Rufe und erklärt: Das Land hat ein Recht und ebenso der Reichstag, die Ausführungen der Regierung zu hören. Der Abg. Eppstein (Rom.) erhält für einen beleidigenden Zuruf einen Ordnungsruf.

Endlich kann der Minister beginnen. Er kündigte an, daß er darlegen möchte, welche Folgen eine Ableh-



Vertikale und sächsische Angelegenheiten.

Pulsniß. (Volksschule.) Am Sonnabend vereinigten sich Lehrerschaft und oberste Klassen zur Verfassungsfest. Nach einem Präludium, vorgetragen von Herrn Paul Bormann, und einem Vorpruch gedachte Herr Lehrer Schwandt der Kriegsoffer; danach besprach er einige Bestimmungen der Verfassung. Mit der dritten Strophe des Deutschland-Liedes schloß die Feier.

— (Die Hundstage), die am 23. Juli begannen und uns die heißen Tage brachten, nahmen am Sonnabend ihr Ende. In letzter Zeit konnte man freilich nichts mehr von „Hundstagshitze“, sondern vielmehr das Nahen des Herbstes durch tägliche Niederschläge und empfindliche Kälte verspüren.

— (Günstige Marsbeobachtung.) Der von der Wissenschaft mit großem Interesse entgegengeesehenen Marsopposition in der Nacht zum Sonntag war bei uns das günstigste Wetter besichert. Trotzdem es am Sonnabend von früh bis in die späten Nachmittagsstunden geregnet hatte und der Himmel um 4 Uhr noch wie ein Saß ausah, hellte sich gegen Abend der Himmel allmählich auf. Obwohl am Abend noch ein kleiner Regenschauer die astronomisch interessierten Gemüter einschüchterte, blieb der Himmel im allgemeinen klar. So konnte man Mars gut beobachten, wurde darin allerdings dann und wann durch vorüberziehende Wolken etwas gestört. Auch zahlreiche Sternschnuppen belebten den Himmel in der Nähe des Mars. Ein „himmlisches“ Feuerwerk, das nichts kostete als eine Stunde der Nachtruhe. Fachleute und Laien dürften am Sonnabend recht gut befriedigt worden sein, und diese dürfen an jene den Wunsch und die Bitte aussprechen, recht bald weitergehende Aufschlüsse über die Dinge zu erhalten, die sie sehen und von denen sie hören. Da der Marsnähe das schlechte Wetter der letzten Woche „in die Schuhe“ geschoben wurde, ist nun, da Mars sich wieder von der Erde entfernt, auf Wetterbesserung zu hoffen! Not tut sie!

— (Keine Entwertung der Rentenmark.) Die Deutsche Rentenbank teilt mit: Es mehren sich die Anzeichen, daß Gerüchte über die angeblich in Aussicht stehende Entwertung der Rentenmark verbreitet werden. Diefelben sind anscheinend aus unklarer Ursache in Umlauf gesetzt, zu dem Zweck, die Abstoßung bisher zurückgehaltener Waren zu ermöglichen. Die Rentenmark wird noch eine Reihe von Jahren als vollständiges Zahlungsmittel im Umlauf bleiben und erst nach und nach durch die neue Währung der Goldnotenbank im vollen Werte abgelöst werden, wobei eine Rentenmark gleich einer neuen Reichsmark gilt.

— (Keine Staatspreise in Sachsen mehr.) Für die diesjährigen Fachausstellungen des Sächsischen Gastwirtverbandes in Zwickau und des Sächsischen Saalinerverbandes war die Bereitstellung von Staatspreisen für hervorragende Erzeugnisse beantragt worden. Wie jetzt aus Dresden gemeldet wird, hat aber das Wirtschaftsministerium beschloffen, staatliche Ehrenurkunden oder Medaillen für gewerbliche oder Industrie-Ausstellungen nicht mehr zur Verfügung zu stellen.

— (Eine Entschließung volksparteilicher Wirtschaftsvertreter Ostsachsens.) Auf Einladung der Deutschen Volkspartei versammelten sich am Sonntag in Dresden Vertreter der ostsächsischen Wirtschaft in bemerkenswert großer Zahl, um der Auffassung der Wirtschaftskreise zur Gutachtenfrage in letzter Stunde nochmals Ausdruck zu geben. Der Vorsitzende des Wahlkreisverbandes Ostsachsens der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Staatsminister a. D. Heinze, zeichnete in seinem einleitenden Referat das Bild der schwierigen Lage im Parlament. Die Nichtannahme der Gutachtenfrage würde unmittelbare Gefahren größten Ausmaßes über Deutschland heraufziehen, denen in wirkungsvoller Abwehr zu begegnen wir heute weder wirtschaftlich noch außenpolitisch imstande seien. Die ablehnende Haltung der Deutschnationalen sei um so mehr zu bedauern, als dadurch ein neuer Wahlkampf fast unvermeidlich erscheine und Neuwahlen in ihrem innerpolitischen Ergebnis die jetzt starke Position des Bürgertums im Reichstage beeinträchtigen könnten. Als die Partei, die das jetzt politisch Mögliche erreicht und das wirtschaftlich Vernünftige getan habe, werde die Deutsche Volkspartei mit günstigen Aussichten in den neuen Wahlkampf gehen. Im Blick auf das Ganze müsse sie aber noch in letzter Stunde erneut dem Wunsche Ausdruck geben, daß in der Deutschnationalen Volkspartei die für die Annahme des Gutachtens tätigen Kräfte sich durchsetzen, Neuwahlen vermieden würden und so die innere und wirtschaftspolitische bürgerliche Front nicht auf bedenkliche Weise zerrissen werde. — Die angeregte Aussprache nach diesen mit großer Zustimmung aufgenommenen Ausführungen Dr. Heinzes ergab die volle Einmütigkeit der Versammlung in der Beurteilung der Lage. Vertreter der verschiedensten Wirtschaftszweige aus allen Teilen des Wahlkreises sprachen sich ausnahmslos dahin aus, daß die unausbleiblichen Folgen einer Ablehnung des Gutachtens für Volk und Wirtschaft untragbar seien. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß wahrcheinlich

nung des Londoner Aktes für das deutsche Volk haben würde. Reichsfinanzminister Dr. Luther schildert dann die schwere Finanzlage des Reichs und die großen Nöte, mit denen die Wirtschaft kämpft. Er verweist darauf, daß wir in der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1924 einen Einfuhrüberschuß von 1,6 Milliarden hatten. Die katastrophale Auswirkung bei einer Nichtannahme auf unsere Finanzlage ergibt sich von selbst daraus. Die Einnahmen, die einmaligen Charakter haben, würden für die Zukunft fortfallen. Die Steuerfähigkeit des deutschen Volkes ist in der Abnahme begriffen und auch keine Möglichkeit besteht, die Ausgaben noch weiter zu beschränken. Dazu kommen die Auswirkungen der Kreditbeschränkungen, die ein Rinderspiel gegenüber den Beschränkungen sei, die nach einer Nichtannahme der Londoner Beschlüsse notwendig würden. Das Gesamtergebnis der Betrachtung der Finanzlage des Reiches ist also dies: 1. Wir haben seit der Stabilisierung einen erheblichen Zufluß aus einmaligen Einnahmen zur Aufrechterhaltung der Reichsfinanzen nötig gehabt. 2. Die laufenden Einnahmen werden bei Nichtannahme der Londoner Abmachungen angesichts der Notlage unserer Wirtschaft zurückgehen. 3. Die Ausgaben des Reiches werden sich nicht vermindern, sondern vermehren. Die Kreditnot wird bei Nichtannahme der Londoner Abmachungen unvermeidlich steigen. Die Kreditpolitik der Reichsbank müßte auf der ganzen Linie zu äußerster Zurückhaltung zurückkehren. Da in solchem Falle die jetzt in der ganzen Welt fast vorhandene Hoffnung auf alsbaldige Wiederherstellung der wirtschaftlichen Ordnung Europas sofort stark ins Wanken käme, würde auch das Vertrauen zur Rentenbank sofort in Mitleidsenschaft gezogen werden. Bei der Landwirtschaft würde hinzukommen, daß der Plan durch Umgründung der Rentenbank gegenstandslos würde. Die Reichsbank würde voraussichtlich auch genötigt sein, im größten Umfang die fällig werdenden landwirtschaftlichen Wechsel einzufordern. Zweiterlei aber müßte die deutsche Regierung leisten und habe sie geleistet. Erstens muß deutlich gemacht werden, daß für Deutschland keine Verpflichtung zur Ausführung der Londoner Abmachungen besteht, wenn die Anleihe nicht zustande kommt. Diese Feststellung sei erreicht. Zweitens sei es wichtig gewesen, daß die Alliierten Regierungen auch von sich aus nachdrücklich dafür eintreten, daß der Anleiheplan zur Wirklichkeit werde. Der Weg der Zustimmung scheint unvermeidlich, schloß der Minister, und ich wage auch der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß das Volk, wenn es sich arbeitet und tapfer spart, auf der Grundlage des Londoner Abkommens unter lebenswürdigen Bedingungen endlich seinen Wideraufstieg beginnen werde.

Abgesehen von einigen Zwischenrufen konnte der Reichsfinanzminister in Ruhe sprechen. Zum Schluß spendeten ihm die Mittelparteien lebhaften Beifall. Hierauf erhält

Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort, um auch die internationale Situation ins Auge zu fassen. Aus der Lage, die zunächst bestand, könne wohl ersehen werden, daß es nicht selbstverständlich war, daß die deutsche Delegation forderte: Die Ruhr muß geräumt werden, sonst fahren wir ab. Ich rufe die Herren, die dem Auswärtigen Ausschuß angehören, zu Zeugen an, daß ich ausdrücklich gesagt habe, daß es mir nicht möglich erscheint, die unverzügliche Räumung durchzusetzen, daß wir fordern würden, eine militärische Räumung in absehbarer Zeit. Auf die Frage des Abgeordneten Graf Reventlow: „Was verstehen Sie darunter?“ habe ich gesagt: „Eine Zeit, die nach Monaten zählt und nicht nach Jahren.“ Direkt auf das Sachverständigengutachten konnten wir uns in London nicht beziehen, wenn wir die Räumung forderten. Nach einem Exkurs über die Räumungsverhandlungen von Offenburg fuhr Stresemann fort: Ich weiß nicht, inwieweit Herrlot ein politischer Machtfaktor ist, auf den wir uns für längere Zeit einrichten können, aber für seinen Charakter zeugt, daß er uns seinen guten Willen durch die Räumung Offenburgs und Appenweyers bewiesen hat. Der Minister geht dann über zur Lage der Reparationskommission nach den in London gefaßten Beschlüssen. Die Beteiligung Amerikas schaffe Zusammenhänge, die den Gläubigern auch an dem Wohlergehen des Schuldners, also Deutschlands und der deutschen Wirtschaft, interessieren. Auch die Sanktionsfrage, die bisher wie ein Damoklesschwert über uns schwebte, sei damit ganz anders geregelt als bisher. Die an der deutschen Wirtschaft interessierten Mächte würden nicht zulassen, daß durch irgendwelche Sanktionsmaßnahmen gegenüber Deutschland irgendein Pfand entwertet werde. Wir hätten jetzt einen Abschluß erreicht. Man solle nicht glauben, daß die Nationen wieder so einfach an den Tisch zu bringen sein würden. London sei nicht der Schlüsselpunkt. Es könne der Anfang sein zu einer Entwicklung, die ein Zusammenwirken der Völker schaffe. Geben Sie, schloß der Minister unter dem lebhaftesten Beifall der Mehrheitsparteien, Deutschland diese Möglichkeiten, damit wir es auf dieser Grundlage zu einer gesunden Zukunft führen können.

• Präsident Wallraf stellt fest, daß damit der

bedeutende Teile der deutschnationalen Wählerschaft die jetzige Haltung der deutschnationalen Reichstagsfraktion nicht billigten, was ein neuer Wahlkampf sehr bald erweisen werde. — Folgende Entschließung

erste Punkt der Tagesordnung erledigt sei. Abg. Raas (Rom.) versucht inzwischen, ohne das Wort erhalten zu haben, die sofortige Besprechung der Regierungserklärung zu beantragen. Präsident Wallraf verweigert ihm jedoch das Wort zur Geschäftsordnung, sein Antrag liegt daher formell nicht vor.

Es folgt dann noch die Beratung des Einspruchs des Abg. Dr. Schwarz (Rom.) gegen seine Ausschließung. Abg. Koch-Weser (Dem.) erklärt namens der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Demokraten, daß diese Parteien sich darin einig seien, jede Maßnahme des Präsidenten zu unterstützen, die zur Wahrung des Hausrechts ergreife. (Beifall bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.)

Die Abgg. Schulz-Bromberg (Dnat.) und Reich (V. Sp.) schließen sich dieser Erklärung an.

Präsident Wallraf erklärt, er sehe nun, daß er das Haus hinter sich habe und werde nach den hier ausgesprochenen Grundsätzen verfahren.

Der Einspruch des Abg. Dr. Schwarz wird darauf gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. (Lärm bei den Kommunisten.)

Bei Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung werden Anträge der Deutschnationalen auf Behandlung der Zollvorlage und der Personalabbauvorordnung, der Kommunisten auf Besprechung ihres Sozialleistungsantrages und der Nationalsozialisten auf Freilassung der inhaftierten Abgeordneten abgelehnt.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. Erste und zweite Lesung der Gutachten-Gesetze. Schluß 1 Uhr.

Sitzung vom 25 August.

Die erste Lesung.

Unter lebhafter Anteilnahme des Hauses und der Tribünen begann am Montag im Reichstag die erste Lesung der Gesetze zur Durchführung der Londoner Abmachungen und damit die große politische Debatte. Gleich zu Beginn kam als stärkste Fraktion die deutschnationale zum Worte. Ihr Redner Hergt klarte sofort die Situation, indem er betonte, die Deutschnationalen seien zu ihrem Beharren genötigt, ihr Mißtrauen gegenüber dem Verhalten der deutschen Delegation, dem Ergebnis von London und den Ministerreden vom Sonnabend Ausdruck zu geben. Diese Reden namentlich hätten die Möglichkeit des Zusammenkommens mit der nationalen Opposition zum Zwecke einer erfolgreichen Außenpolitik zerstört. Während die Regierung die realen Machtverhältnisse in den Vordergrund stellte, betonte Hergt den Reichstandpunkt besonders stark. Nachdem der Redner noch zahlreiche Einzelheiten der Abmachung kritisiert hatte, behauptete er insbesondere, daß man nicht die Kriegsschuldfrage an den Anfang der Konferenz gestellt hätte. Der sozialdemokratische Dr. Hilferding erkannte die schweren Lasten des Dawesgutachtens an, betonte jedoch im Gegensatz zu seinem Vorgänger die Vorteile, die die neue Regelung mit sich bringe. Wenn es tatsächlich nach der Ablehnung zu neuen Verhandlungen komme, so wisse man noch nicht, was aus der deutschen Wirtschaft würde. Sehr bedenklich erschienen es Dr. Hilferding, daß die handelspolitischen und Zollverhandlungen etwa unter der Regide eines Bürgerblocks geführt werden sollten. Einige Nationalsozialisten, die Herrn Dr. Hilferding „Saujude“ tituliert hatten, zogen sich Ordnungsrufe zu. Der Redner des Zentrums, Dr. Raas, bezeichnete die Ausführungen Dr. Hergts als ein absolutes Vakuum, das durch nichts ausgefüllt werde, als Versprechungen, Hoffnungen und Illusionen. Nach einer fürwitzigen Rede der kommunistischen Abgeordneten Frau Solke, die alle Rettung nur von Moskau kommen sah, hielt Dr. Curtius (Vp.) seine Ablehnung des Gutachtens für unmöglich. Seine Partei werde einstimmig die Regierungsvorlage annehmen. Ein anderer Weg könne nicht gegangen werden. Das besetzte Gebiet müsse endlich befreit werden. Der Nationalsozialist Dr. Wulle kritisierte das Abkommen von London als ein zweites Versailles, das unbedingt abgelehnt werden müsse. Nach einer Zustimmungserklärung des Abg. Erzeleuz (Dem.) greift Reichskanzler Dr. Marx in die Debatte ein und verwahrt sich gegen den Vorwurf, die Kriegsschuldfrage nicht in entscheidender Weise aufgerollt zu haben. Er erklärte, diese Frage könne nicht mit Schlagworten gelöst werden, sondern nur auf dem Wege streng historischer, wissenschaftlicher Forschungen. Die Reichsregierung sei voll und ganz gewillt, das Sachverständigengutachten mit aller Loyalität und friedfertigen Gesinnung zur Durchführung zu bringen. Hauptsächlich werde der Reichstag sie dabei unterstützen. Das deutsche Volk müsse den Ernst der Lage erkennen. Es sei leider zu oft durch Fanfaren- und Trompetengeschmetter über die wahre Lage hinweggetäuscht worden. Durch die nationalsozialistische Hitze würden nur die Nationalisten in den anderen Ländern gestärkt. Der Kanzler schließt mit der Erklärung, daß die Reichsregierung bereit sei, am Sonnabend freiwillig das Abkommen zu unterstützen, weil es der erste Schritt zur Gesundung des Landes sei. Nach der Rede des Kanzlers kamen noch die kleinen Parteien zu Worte. Am Dienstag findet die zweite Lesung der Vorlagen statt.

wurde am Ende der eingehenden Beratung einstimmig angenommen: Die heute zahlreich in Dresden versammelten Vertreter der Deutschen Volkspartei nahestehenden Wirtschaftskreise Ostsachsens halten die

Annah...
achters...
eine wir...
müßte d...
katastro...
nicht m...
abgeord...
lich bei...
Annahm...
Di...
Turne...
ein s...
mit s...
Abteilur...
unermü...
Dem o...
Beter u...
werbetun...
(im „S...
nur bes...
trohen...
Ge...
Tage ist...
Ferienm...
hohes V...
Durchme...
jenseit...
mehr al...
schmeck...
Vö...
auf de...
ten Krei...
ewigen...
ler Will...
wurde...
Pferdes...
liche Be...
wieder...
lichen W...
schied u...
Sorge, d...
aufbewa...
Bieder...
Böbau...
den Na...
dtigung...
einem...
lagen...
wo der...
nach zw...
Dr...
amt des...
Das Dir...
und Sed...
wieder...
dem vor...
ten werd...
22. zum...
eine g...
wegen...
personen...
men wu...
Dr...
tra ge...
mit: Da...
Theaters...
Aber nic...
Aufficht...
vertragl...
den Pa...
gehoben...
anlaßt...
Spielzeit...
Der Le...
dürften...
keiten...
ein Erd...
Lause zu...
Aufsehen...
willig...
welt alle...
und ab...
stellen...
ruch he...
Bedauer...
die neu...
trotz d...
abführt...
aus der...
gen...
Dresden...
daß feir...
gen. Z...
hin ent...
eine ge...
daß ein...
Schwarz...
— (W...
käufe...
der le...
August...
Silberg...
lände...
der W...
Es wir...

Annahme der Gesetze zur Durchführung des Gutachten trotz schwerer Einzelbedenken einmütig für eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Die Ablehnung hätte die jetzige Wirtschaftskrise zu einer Wirtschaftskatastrophe steigern, deren Folgen das deutsche Volk nicht mehr ertragen würde. An die Reichstagsabgeordneten der Partei richten sie darum die Bitte, sich bei den Abstimmungen im Reichstage für die Annahme auszusprechen.

Lichtenberg. (Bahnenwerbeturnen der Turnerinnen = Abteilung des Turnvereins D. L.) Einen vollen Erfolg erzielte am 16. August mit ihrem Bahnenwerbeturnen die Turnerinnen-Abteilung des Turnvereins D. L. Das Werk ihres unermüdbaren Leiters wurde herrlich gefeiert. Dem vielseitigen Wunsche entsprechend, haben sich Leiter und Turnerinnen entschlossen, das Bahnenwerbeturnen nächsten Sonntag, den 31. d. Mts., (im „Schwan“) zu wiederholen. Ein Besuch kann nur bestens empfohlen werden. — „Gut Heil“ zu frohem Gelingen!

Großthürsdorf. (Riesenmorchel) Dieser Tage ist in der Wäldchen von einem Pilzfischer eine Riesenmorchel gefunden worden. Der Pilz wog ein halbes Pfund, hatte eine Höhe von 14 cm und einen Durchmesser von 11 cm. Die Freude über diesen seltenen Fund war natürlich groß. Der Pilz dürfte mehr als hinreichend zur Zubereitung einer wohl-schmeckenden Suppe gewesen sein.

Böbau. (Unter tragischen Umständen auf den Tod vorbereitet) hatte sich der in weiten Kreisen bekannte und dieser Tage in Böbau zur ewigen Ruhe gebettete Gutsbesitzer und Pferdehändler Wilhelm Richter aus Großschweidnitz. Richter wurde vor einiger Zeit durch den Hufschlag eines Pferdes an der Hand verletzt und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Als er vor einigen Tagen wieder vom Arzte kam, ordnete er alle seine geschäftlichen Angelegenheiten, nahm von seinen Leuten Abschied und übergab seiner Frau die Schrauben zum Sarge, den er geraume Zeit schon auf einem Boden aufbewahrt hatte. Auch ordnete er noch an, welche Pferde genommen werden sollten, die den Sarg nach Böbau bringen sollten. Dann nahm er auch von den Nachbarn Abschied und lud noch diese zur Beerdigung ein. Hierauf begab er sich nach Böbau zu einem seiner Söhne, um auch diesem Lebewohl zu sagen. Dann ging er ins Böbauer Krankenhaus, wo der Bedauernswerte, der sein nahes Ende ahnte, nach zwei Tagen an Mundstarrkrampf verschied.

Dresden. (Polizei-Kazzia.) Das Bresseamt des Polizeipräsidiums teilt uns folgendes mit: Das Dirnen- und Zuhälterwesen hat auf der Prager- und Seestraße, dem Altmarkt und der Schloßstraße wieder einen derartigen Umfang angenommen, daß dem von Seiten der Polizei energisch entgegengetreten werden muß. Infolgedessen fand in der Nacht vom 22. zum 23. d. M. in der inneren Stadt abermals eine größere Kazzia statt, bei der 14 Frauenpersonen wegen Verdachts der Gewerbeunzucht und 22 Männerpersonen wegen Verdachts der Zuhälterei festgenommen wurden.

Dresden. (Aufhebung des Pachtvertrages.) Die Albert-Theater Aktiengesellschaft teilt mit: Da Direktor Paul Willi, der Pächter des Albert-Theaters, seinen Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber nicht ordnungsgemäß nachgekommen ist, hat der Aufsichtsrat der Albert-Theater A.-G. von dem ihm vertraglich zustehenden Rechte Gebrauch machend, den Pachtvertrag mit Direktor Paul Willi für aufgehoben erklärt. Frau Hermine Körner wird veranlaßt werden, möglichst schon mit Beginn der neuen Spielzeit die künstlerische Leitung zu übernehmen. — Der Telunion-Sachdienst bemerkt hierzu: Somit dürften die von Herrn Willi verursachten Schwierigkeiten für das Dresdner Theaterleben mit einem Male ein Ende finden. Die seinerzeit unternommenen Anläufe zur Konzessionsentziehung erregten schon genügend Aufsehen, das sich steigerte, als seine erste Frau freiwillig aus dem Leben schied. Die Dresdner Kunstwelt aller Richtungen, die Herrn Willi stets abwartend und ablehnend gegenüberstand, wird, soweit wir feststellen können, die durch die Albert-Theater A.-G. so rasch herbeigeführte Wandlung nur freudig begrüßen. Bedauerlich ist, daß Herr Willi an das von ihm für die neue Spielzeit ab 1. August engagierte Personal trotz dringenden Begehrens bis heute keine Gehälter abführt, obwohl er für August riesige Pachteinnahmen aus der Sommeroper vor Wochen schon gezogen hat.

Dresden. (Schwarz-weiß-rotes Flaggen.) Die Vereinigten Vaterländischen Verbände in Dresden weisen auf das nachdrücklichste darauf hin, daß keinerlei Verbot besteht, Schwarz-weiß-rot zu flaggen. Jeder behördliche Eingriff nach dieser Richtung hin entbehrt der gesetzlichen Grundlage. Es besteht eine gerichtliche Entscheidung, wonach anerkannt ist, daß ein Verbot eines Bürgermeisters, in seinem Ort Schwarz-weiß-rot zu flaggen, ungesetzlich gewesen ist. (Warnung vor einem Silbergeld-Ankauf.) In einer Dresdner Wochenschrift ist in der letzten Zeit ein Inserat erschienen, nach dem ein August Lambart in Pforzheim, Schillerstraße 1, altes Silbergeld in Zahlung nimmt und dafür Kleidungsstücke zu liefern verspricht. Nach den Feststellungen der Pforzheimer Polizei ist Lambart ein Betrüger. Es wird daher vor ihm gewarnt.

Leipzig. (Jagd nach einem Einbrecher) Eine aufregende Jagd nach einem Einbrecher, der u. a. kürzlich aus einem Geschäft in Leipzig Schleißig 88 Windjaden gestohlen hatte, fand am Freitag Nachmittag in der Elisenstraße statt. Der Einbrecher, ein schwerer Junge, schoß auf die ihn Verfolgenden mit einem Revolver. Die beherzten Verfolger ließen sich jedoch nicht abschrecken und hielten den Einbrecher schließlich fest, der von der erregten Menge gehörig verprügelt wurde. Nur mit Mühe gelang es den Polizeibeamten, den Verbrecher vor dem Lynch zu bewahren.

Leipzig, 26. August. (Großfeuer.) Auf dem Rittergut Großstädiel bei Leipzig entstand am Sonnabend Großfeuer, dem eine große Scheune mit reichen Erntevorräten und wertvollen landwirtschaftlichen Maschinen zum Opfer fiel. Die anfängliche Vermutung, daß es sich um Brandstiftung handelt, hat sich bestätigt. Sonntag früh meldete sich auf dem Polizeipräsidium Leipzig der 34 Jahre alte Ingenieur Johannes Pfäzner und gab an, das Feuer angelegt zu haben, um einen Grund zur Ehescheidung zu erreichen. Die polizeilichen Nachforschungen haben die Richtigkeit seiner Angaben bestätigt. Pfäzner ist in Haft genommen worden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 25. August. (Der deutsch-spanische Handelsvertrag vom Reichsrat angenommen.) Der Reichsrat beschäftigte sich am heutigen Nachmittag in einer auf Wunsch des auswärtigen Ausschusses einberufenen Sitzung mit dem neuen deutsch-spanischen Handelsvertrag. Der Reichsrat nahm den Handelsvertrag mit 38 gegen 19 Stimmen an. Dabei enthielt sich der Abstimmung. Gegen den Vertrag stimmten die Vertreter von Ostpreußen und Pommern sowie der Rheinprovinz, Bayerns, Württemberg und Hessen.

Berlin, 26. August. (Vor einer innerparlamentarischen Situation?) Der Tag erklärt: Man glaubt in parlamentarischen Kreisen, daß sich auf der Basis einer sachlichen Erörterung der deutschnationalen Forderungen eine Vereinbarung finden läßt, die auch ohne augenblickliche parlamentarische Abänderung der Londoner Vereinbarungen zu einer neuen parlamentarischen Situation führen kann. Besprechungen dieser Art haben bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt, werden aber gegebenenfalls fortgesetzt werden.

(Die deutsche Presse zu den Reichstagsklärungen) Die volksparteiliche „Zeit“ wendet sich ganz besonders an die Deutschnationalen und schreibt: „Die Deutschnationalen sind so sehr Gefangene ihrer agitatorischen Vergangenheit, daß sie dem Gebote der Stunde nicht mehr gerecht werden können, obwohl ihre Starrheit nur verhängnisvolle Wirkungen nicht nur für sie, sondern für unser ganzes innerpolitisches Leben und für die Weiterführung unserer Außenpolitik haben muß. Sie selbst führen die Reichsentwicklung in unserem Volk, unterbinden sie für lange Zeit und spielen die Macht im Staate in die Hände derjenigen, gegen die sie im Mai gewählt worden sind.“ — Der „Tag“ wendet sich gegen die Politik Marx, er meint: „Herr Marx hat uns mit einiger unfehliger Verspätung nun doch noch sein Manuskript vorlesen dürfen. Es hand nicht nichts Neues darin, und das Bekannte war nicht einmal in eine Form gegossen, die der Bedeutung eines solchen Schicksalsakt einigermassen entsprochen hätte. Die alten hohlen Verständigungsphrasen ziehen nicht mehr, weil uns selber auch die Londoner Tatsachen eines anderen belehren. Er selber erklärte ja den neuen Pakt für ebenso unerfruchtlich wie den von Versailles.“ — Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben: „Daß Herr Marx keine hinreichenden Führergedanken zu entwickeln hat, wissen wir. Immerhin sprach aus ihm nicht unwirksam der gesunde Menschenverstand, als er feststellte: wer das Londoner Abkommen ablehnt, der muß uns einen anderen Weg weisen können, der zum Ziele führt, und zwar rasch zum Ziele führt.“ — Der „Dresdner Anzeiger“ beschäftigt sich besonders mit dem Einbruch der Rede Stresemanns und stellt fest, daß man noch nie einen so geschlossenen, nachhaltigen Eindruck von der Gesamtbedeutung der Londoner Abmachungen erhalten habe, wie am Sonnabend. — Reuter urteilt das „Chemnitzer Tagesblatt“, das da schreibt: „So lange wir an Zeit und Raum gebunden sind, so lange wird die eiserne Forderung bestehen bleiben, daß wir mehr und in vielen Fällen länger arbeiten müssen als seither, wenn wir erfüllen wollen. Und das wollen und sollen wir ja wohl!“ — (Die Haltung der Deutschnationalen.) Herr Hergt hat zwar gestern im Reichstag noch einmal das Unannehmliche der Deutschnationalen in langer Rede unterstrichen, es klang aber doch nicht mehr so stark wie in den vorausgegangenen Tagen. Man war gestern überhaupt allgemein der Ansicht, daß die Deutschnationalen doch mit sich reden lassen werden. Die der gestrigen Reichstagsitzung vorausgegangene kurze Beratung der deutschnationalen Fraktion hat keine Ergebnisse von besonderer Bedeutung gehabt, doch geht man wohl nicht fehl in der Annahme, wenn hier vom linken Flügel der Fraktion noch einmal auf

die Notwendigkeit der Annahme hingewiesen worden ist. Es ist ein offenes Geheimnis in den Wandelhallen des Reichstages, daß die rheinisch-westfälische Industrie und sonstige Vertreter aus den besetzten Gebieten in recht eindringlich gehaltenen Vorstellungen für die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens eintreten. Mancherlei deutet darauf hin, daß die Deutschnationalen während der entscheidenden Abstimmung keinen Fraktionszwang üben werden, so daß es also doch noch möglich sein wird, die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit zusammenzubekommen.

Frankreich.

Paris, 26. August. (Öffentlicher Anschlag der Herriot-Rede.) Die Kammer hat gestern Nachmittag mit 363 gegen 168 Stimmen den öffentlichen Anschlag der letzten Rede Herriots beschlossen.

Ungarn.

Budapest, 25. August. (Der Deutsche Gesandte fordert die Auslieferung des Erzbergermörders.) Der deutsche Gesandte hat bei der ungarischen Regierung eine Note überreichen lassen, in der er konstatiert, daß nach den Aussagen der deutschen Detektive der angebliche Heinrich Förster mit dem Mörder Erzberger, und zwar mit Schulz identisch ist. Er verlangt energisch, daß Schulz den deutschen Behörden ausgeliefert wird, weil in der Untersuchung festgestellt wurde, daß sich in Ungarn aller Wahrscheinlichkeit nach auch der zweite Mörder Tillesen aufhält, und daß dieser unter dem Namen Mayer bei dem Abg. Gompöts sich aufhält, wird in der Note verlangt, daß die Untersuchung gegen den angeblichen Tillesen eingeleitet wird.

England.

London, 25. August. (Die ägyptische Krise.) Heute ist der ägyptische Geschäftsträger im auswärtigen Amt, wie er seiner Regierung telegraphisch berichtete, sehr lebenswürdig aufgenommen worden und man hofft einen Übergang zur Einigung gefunden zu haben. Gestern hat ein Kabinettsrat des ägyptischen Ministeriums stattgefunden, der sich mit der gegenwärtigen Lage befaßte.

Neueste Meldungen.

Deutschnationaler Antrag auf Aufhebung der Ausnahmeverordnung.

Berlin, 26. August. Die Deutschnationale Fraktion hat im Reichstage folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, gemäß Artikel 48, Absatz 3 die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 4. Januar 1924 aufzuheben, da eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit nicht vorliegt.

Die Deutsche Volkspartei als Vermittler.

Berlin, 26. August. Wie wir zu wissen glauben, ist die Deutsche Volkspartei durch einige Vertreter dabei, die Vermittlung zwischen den Deutschnationalen und der Regierung zu versuchen.

Rheinische Städte für die Annahme des Londoner Abkommens.

Ludwigshafen, 26. August. Von den Städten Frankenthal, Kaiserslautern, Landau, Ludwigshafen und Zweibrücken wurde ein gemeinsames Telegramm für die Annahme des Londoner Abkommens an den Reichstag gerichtet.

Wirtschaftliche Konferenz in Rom.

Rom, 26. August. Zur Erledigung schwebender Wirtschaftsfragen ladet die italienische Regierung alle anderen Staaten der Doppelmonarchie zu einer Konferenz ein, die Mitte Oktober in Rom stattfinden soll. Alle eingeladenen Regierungen haben bereits zugesagt, an der Konferenz teilzunehmen.

Aus den besetzten Gebieten.

Wohnungsfreigabe durch die Franzosen.

Düsseldorf, 25. August. Von der französischen Besatzung sind in der letzten Zeit etwa 400 bezogene Wohnungen, die ausgewiesenen Beamten gehören, freigegeben worden. Die Wohnungen können jetzt wieder den zurückkehrenden Beamten übergeben werden. Nach Annahme der Londoner Beschlüsse werden schätzungsweise noch 500—600 Wohnungen, in denen französische Regiebeamte untergebracht sind, freigegeben werden.



SILBER

Henkel's Bleich- u. Waschmittel

gibt schneeweiße Wäsche spart Seife und ersetzt die Rasenbleiche Völlig unschädlich. — OHNE CHLOR

Deutsches Sängerefest in Hannover.

Die festlich geschmückte Stadt Hannover steht im Zeichen des 9. Sängerbundesfestes, zu dessen Feier sich 40 000 Säger eingefunden haben. Die Reihe der festlichen Veranstaltungen wurde am vorgestrigen Sonntag vormittag mit einer Aufführung im Stadion eingeleitet, wo unter Leitung von Professor Wohlgenut aus Leipzig 10 000 Säger Chöre vortrugen. Der Bundesvorsitzende Rechtsanwalt Friedrich Bist hielt eine Ansprache, die in ein Gebeten an die Gefallenen ausklang. Am Nachmittag bewegte sich nach der Festhalle durch die reich geschmückten Straßen der Stadt ein Festzug der Säger mit 35 Musikchören, dessen Vorbeimarsch nahezu 4 Stunden dauerte. Der Abend war hereingebrochen, als des Festzugs Ende ins Stadion einrückte. Diese unvorhergesehene Verspätung be-

dingte eine Verschiebung des weiteren Festprogramms. Die für 6 Uhr geplante feierliche Uebergabe des Sängerbundesbanners von der Nürnberger an die Hannoverische Stadtverwaltung konnte erst 1/2 Uhr abends beginnen, und das im gleichen Raume (Ruppelsaal der Stadthalle) für 8 Uhr angelegte Sonderkonzert, an dem auch der Elbgausängerbund und der Erzgebirgische Sängerbund beteiligt waren, konnte gar erst nach 10 Uhr beginnen. Trotz der Verspätung wurde aber der Festakt der Bannerübergabe zum geistigen Höhepunkt des ganzen Sängerefestes, da an diesem Abend in gehaltvollen Reden und Gegenreden die offiziellen Begrüßungen und Segelwünsche getauscht wurden. Nach einem Einleitungschor („Tischlein Musik“ von A. Brudner) mit Orgel (Professor Dr. Dettmer) übergab unter entsprechenden Wünschen der Bürgermeister von Nürnberg, Dr. Mertel, das Bundesbanner der Feststadt Hannover. Mit dem Gelübde, das Sängerkleinod treu hüten zu wollen im Geiste der

mit ihm verknüpften Ideale: Vaterlandsliebe und Liebe zum deutschen Sang, übernahm Bürgermeister Fink, Hannover, das mächtige und prächtige Banner, Freudige Genugtuung und lautes Beifall weckte der preußische Kultusminister Dr. Bosly mit einer tief schürfenden, die hohen Kulturwerte des deutschen Chorgesanges laut preisenden Begrüßungsrede. Groß Freude löste ferner die Verlesung eines längeren, überaus herzlich und anerkennend gehaltenen Begrüßungstelegramms des Reichspräsidenten Ebert aus. — An dem großen Sängerefest beteiligten sich aus unserer Stadt 22 Säger (Männergesangsvereine, Sängerbund, Völkerverein). Der Säger diesmaliger Sängerspruch kammt wieder von Erich Dinger: „Treu schlägt das Herz — Gern hilft die Hand — Hell klingt das Lied — Im Sachsenland!“

Olympia-Theater.
Mittwoch und Donnerstag 8 Uhr
Um Weib und Kind
5 abenteuerliche Akte aus der Südsee.
Das Grauen einer Nacht
Ein seltsames Geschehnis in 5 Akten.

Gasth. Völlung
Freitag, 29. August
Schlacht-Fest
in bekannter Weise.
Freundl. ladet ein Rich. Siede.

Sonntag, den 31. August, abends 1/9 Uhr
im **Gasthof zum Schwan, Lichtenberg**
**Wiederholung
des Bühnen-Werbeturnens**
der Turnerinnen-Abteilung des
Turn-Ver. - DT - Lichtenberg

Pension Frieser
Landhaus „Friedenshain“
Kurort Kipsdorf, Erzgeb.
650 m N. N. — 3 Min. vom Bahnhof — gegenüber der Post
Zimmer auf kürzere und längere Zeit
mit und ohne Verpflegung.
Großer sonniger Garten — Elektr. Licht — Bäder im Hause

Importierte Oldenb. Bullen-Kälber
nur beste Tiere, 5-6 Monate alt, stehen nach Ablauf der Quarantäne preiswert zum Verkauf.
Telefon 119 Richard Menzel.

Hausmädchen
für das hiesige Stadtkrankenhaus bei gutem Lohn sofort gesucht.
Meldungen beim Krankenhaus-Verwalter Richter.
Rat der Stadt.

Erstklassige Räder
und Nähmaschinen
preiswert bei günstigen Zahlungsbedingungen.
Fachmänn. Ausführung sämtl. Reparaturen!
Emaillieren! — Vernickeln!
Eigene Reparatur-Werkstatt!
Erhard Büttner,
Fahrrad- und Nähmaschinen-Handlung
Leppersdorf 95 (Obergasthof)

Beim Waschen
kommst Du leicht zum Ziel, nimmst Du nichts anderes als
Persil
Wer sich Persil zur Wäsche hält, der spart Kohle, Zeit und Geld!

Einlegegurken
eingetroffen.
Häse, Obersteina.

Fahrradgummi
Viele Aufträge und Nachbestellungen sind der beste Beweis meiner Leistungsfähigkeit und guten Ware. Machen Sie einen Versuch!
Fahrradmantel 2.75u.2.95 prima Qual. 3.50
extra prima Qual. 3.95
Gebirgsmantel 4.25 u. 4.75
Fahrrad-Schläuche extra prima Qualität 95 Pfg. und M 1.15
Fahrräder Nähmaschinen
Auf Wunsch Teilaahlung. Katalog gratis.
Emil Levy, Hildesheim 257.

Erdbbeerpflanzen
empfiehlt
Gartenbaubetrieb
Max Ziegenbalg,
Großröhresdorf

Mitteilungen,
Briefbogen,
Briefumschläge
fertigen billigst
E. L. Försters Erben.

Stellen-Angebote

Pfefferkühler-Gehilfen
sucht
Erich Richter.

Eine Großmagd
zum sofortigen Antritt gesucht
Max Haase, Niedersteina.

Zu verkaufen
Meeressweindien
(8 Stück) zu verkaufen
Jda Schreier, Radeberg
Fabrikstraße 35.

Bekanntmachung.
Die Sächsische Brandversicherungskammer, Abteilung Mobiliarversicherung hat dem Herrn
Karl Körner, Pulsnitz
Kamenzer Str. 252 S, am Bahnhof
eine Vertretung der Anstalt für **Pulsnitz und Umgebung** übertragen, wodurch Gelegenheit geboten ist, in den von der Anstalt betriebenen Zweigen der Brand- und der Einbruchdiebstahl-Versicherung **schnell und billig Deckung** für Hausmobiliar, Geschäfts- und Werkstatteinrichtungen, landwirtschaftliches Inventar und alle sonstigen beweglichen Sachen zu erhalten.
Auskünfte werden kostenlos erteilt.
Den 20. August 1924.
Sächsische Brandversicherungskammer

Zottelwicke
fertig zur Ausfaat und
Leutewitzer Adolph-Weizen
anerkannt 1. Abfaat
nimmt Bestellungen entgegen
Rittergutsverwaltung Reichenbach
Post Königsbrück

Es hat dem lieben Gott gefallen, unseren lieben Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffen, den
Kaufmann
Adolf Söcker
in seinem 26. Lebensjahr in die Ewigkeit abzurufen.
Allen, die ihm die Fremde zur Heimat machten, und ihn während seiner Krankheit hegen und pflegten, und uns nach seinem Ableben aufrichtige Teilnahme bekundeten, unseren
innigsten Dank.
In tiefer Trauer
Nesse, Ostfriesland **Familie Andreas Söcker**
im Namen der übrigen Hinterbliebenen

Nach langem, mit bewundernswerter Geduld ertragenen Leiden verschied am 17. August in seiner Heimat der
Kaufmann
Adolf Söcker.
In ihm ist ein hoffnungsvoller, außerordentlich strebsamer Mann verloren gegangen, dessen vorzeitiges Ableben überall tiefe Trauer hervorgerufen hat.
Als wahren Freund und treuen Mitarbeiter werde ich ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
Friedersdorf, **Paul Frenzel.**
im August 1924.
Die Beerdigung erfolgte am 21. August 1924 in Nesse, Ostfriesland

Umminn
Wild
oder interessieren Sie sich als weidgerechter Jäger für alle jagdlichen Begebenheiten, — so können Sie —
Hege und Jagd
nicht entbehren. Als führende Jagdzeitung Deutschlands ist sie amtliches Organ vieler Jagdvereinigungen u. Gebrauchshundfreunde. Lassen Sie sich noch heute eine Probeumm. kommen von der Vertriebs-Abteilung in
Dillingen - Donau
(Bayern).

Besuchs-Karten
fertigen sauber
E. L. Försters Erben

Pulsnitzer Wochenblatt

Dienstag, 26. August 1924

Beilage zu Nr. 102

76. Jahrgang

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 24. August. (Die Gesetzentwürfe über die Industriebelastung vom Auswärtigen Ausschuss angenommen.) Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages, der von heute morgen 10 Uhr bis abends 8 Uhr ohne Unterbrechung tagte, wurden die Gesetzentwürfe über die Industriebelastung und über die Ausbringung derselben mit einigen Abänderungen angenommen, sowie auch der vom Reichsrat gestrichene Absatz des § 2 des Ausbringungsgesetzes, der die Einbeziehung der öffentlichen Betriebe in den Kreis der Ausbringungspflichtigen enthält. Angenommen wurde ferner eine vollparteiliche Entschließung, daß die Reichsregierung bei demnächstiger Bearbeitung der Einkommensteuergesetze die Abzugsfähigkeit der nach dem Ausbringungsgesetz zu zahlenden Jahresleistungen und Zuschläge vom steuerpflichtigen Jahreseinkommen vorziehen möchte. Der Ausschuss wandte sich ferner dem Gesetzentwurf über die Belastung der Reichseisenbahn an.

Berlin, 24. August. Dr. Grimm, der Verteidiger zahlreicher Rhein- und Ruhrgefangenen wollte heute und gestern in Berlin, da die Amnestie der Ruhrgefangenen besonders im Vordergrund der Interesses steht, nahm die Telegraphen Union Veranlassung, mit Herrn Dr. Grimm die Lage der Gefangenen und die weitere Entwicklung der Amnestiefrage auf Grund des Londoner Paktes zu besprechen. Dabei erklärte Herr Dr. Grimm, der in den letzten Wochen in Paris und London über diese Frage verhandelt hatte, daß gerade in London die Amnestieangelegenheit im weitesten Umfang im deutschen Sinne geregelt worden sei. Die Gefangenen werden sofort freigelassen werden, sobald der Londoner Pakt in Kraft tritt, und zwar, ohne daß neue Verhandlungen über die Modalitäten erst noch notwendig werden. Unter die Amnestie fallen sämtliche politische Gefangene einschließlich derjenigen, die wegen Sabotage verurteilt worden sind. Es kommen noch mehrere Hundert in Frage, die sich heute in Gefängnissen befinden. Dazu kommen die Ausgewiesenen und Vertriebenen, endlich aber auch die Mehrzahl der gestrichelten Personen, die sich, um ihrer Verhaftung zu entgehen, im unbefestigten Gebiet aufhalten müssen, die aber unbefristet zurückkehren können, sobald die Amnestie in Kraft tritt. In allen diesen Fällen ist keinerlei Anfrage auf Rückkehrerlaubnis und keine sonstigen Formalitäten mehr nötig. Es wird auch kein Unterschied zwischen abgesetzten, schwebenden und noch nicht etageleiteten Verfahren gemacht. Mit der Amnestie fallen auch alle noch nicht gezahlte Geldstrafen, insbesondere die ungeheuren Bußstrafen, die die Gefangenen der mittleren Kategorie auf das schwerste bedrohen, weg. Für die Amnestierung liegen auch Zusagen in der Richtung vor, wenn sich in der Praxis eine Lücke in den Abmachungen herausstellen sollte, daß diese loyal ausgefüllt wird. Außerdem sehen die Abmachungen für alle Zweifelsfälle ein Schiedsgericht vor, in dem auch die Deutschen vollständig gleichberechtigt vertreten sind. Tatsächlich ist, wie Herr Dr. Grimm ausdrücklich unterstrich, der Abbau der französischen Justizbehörden im Ruhrgebiet bereits in Vorbereitung. Ueber die Stellung der Gefangenen befragt, erklärte Herr Dr. Grimm, daß die Gefangenen sowohl wie ihre Angehörigen bestimmt darauf rechnen, daß die Stunde unmittelbar bevorsteht, die ihnen die langersehnte Freiheit wiedergibt.

(Die Dezemberkonferenz) In der Sonnabend Rede des Reichsaussenministers Stresemann war ein Passus enthalten, der leicht übersehen werden kann, zumal der Außenminister gerade an dieser Stelle sich mit den Herren Gräfe und Hertel recht scharf auseinandergesetzt hatte. Dr. Stresemann sagte nämlich, daß am 15. Dezember die Alliierten zu einer neuen Konferenz zusammenzutreten werden, um festzustellen, ob Deutschland seinen Verpflichtungen hinsichtlich des Dawes-Gutachtens und der Militärkontrolle nachkommen und ob es möglich sei, die Kölner Zone am 10. Januar zu räumen. Wenn dieser Beschluß positiv ausfällt, dann entfällt auch für Frankreich jede Begründung für die weitere Aufrechterhaltung der militärischen Räumung über diesen Termin hinaus, zumal ja nun im Rücken der Besatzungstruppen ein leerer Raum entsteht, die französischen Besatzungstruppen sozusagen also in der Luft hängen. Durch einen derartigen Beschluß, der natürlich nur zustande kommen kann, wenn die Gutachtengesetze angenommen sind und der zustande kommen muß, weil ja die deutschen Bestimmungen erst viel später erfolgen, ergibt sich für weitere Verhandlungen mit den Alliierten eine außerordentlich günstige Plattform. Man darf also wohl

damit rechnen, daß bei einer Annahme des Sachverständigen-Gutachtens die militärische Räumung ebenfalls im Januar mit der Räumung der Kölner Zone vor sich gehen wird, immer vorausgesetzt, daß die Deutschnationalen ein ebenso großes Verantwortungsgefühl aufzubringen vermögen, wie es der ihnen sehr nahestehende Reichsverband der deutschen Industrie aufgebracht hat.

(Am Mittwoch entscheidende Abstimmung.) Die Reichsregierung will unter allen Umständen noch am Mittwoch die Abstimmung über die Gesetze zum Sachverständigen-Gutachten und über die Ratifizierung der Londoner Beschlüsse durchführen. Ein späterer Termin kommt nun nicht mehr in Frage, es sei denn, daß bis dahin sich das französische Parlament nicht entschieden haben sollte. Vor der Abstimmung wird, wie wir hören, Reichskanzler Dr. Marx nochmals das Wort ergreifen, um an die Parteien zu appellieren. Gleichzeitig wird er mitteilen, daß die Reichsregierung entschlossen ist, aus einer Ablehnung der Gesetze die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

(Die Internationalisierung der Südtiroler Deutschen.) Es wird viel zu wenig beachtet, daß das kerndeutsche Südtirol seit Jahr und Tag einen erbitterten Kampf um die Erhaltung seiner nationalen Eigenart führt, daß aber die Italiener ebenso rückhaltlos wie die Polen und Tschechen vorgehen und diese in mancher Beziehung noch überbieten. Beinahe zu ruhig haben die Südtiroler die systematische Internationalisierung über sich ergehen lassen, selten hörte die Außenwelt etwas von ihren Sorgen. Während die Italiener sich bisher darauf beschränkten, das deutsche Beamtentum zu besetzen und die deutsche Bevölkerung recht kräftig mit italienischen Elementen zu durchsetzen, gehen sie jetzt, nachdem der Faschismus erst kürzlich wieder einige Grade nach rechts sich gedreht hat, daran, ihre Schulreformpläne auch auf die deutschen Schulen auszuweiten, die deutsche Sprache vom Lehrplan zu streichen und an ihre Stelle die italienische zu setzen und darüber hinaus die Schuljugend politisch zu beeinflussen und sie dem Deutschtum abspenstig zu machen. Dieser neue Gewaltstreik der faschistischen Regierung in Rom hat einen Sturm der Empörung ausgelöst, der in allen deutschen Gauen ein lebhaftes Echo finden wird. Auch hier bietet sich wieder einmal eine Gelegenheit für den Völkerverbund, seine völkerverbindenden Theorien in die Tat umzusetzen und sich der geknechteten Deutschen Südtirols anzunehmen.

Ludwigshafen, 24. August. (Eine Ludwigshafener Entscheidung über das Londoner Abkommen.) Zu einer gewaltigen Kundgebung für die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens kam es am Sonntag abend in Ludwigshafen. Alle Parteien waren vertreten. Einstimmig wurde eine Entschließung gefaßt und telegraphisch der Reichsregierung nach Berlin übermittelt. Es heißt darin: Die Versammelten verkennen nicht die außerordentliche Belastung, die Deutschland durch die Ausführung der Londoner Beschlüsse erfährt. Sie erkennen aber an, daß die deutsche Delegation in London ihr möglichstes getan hat, zu erreichen, was eben zu erreichen war. Die Versammlung spricht deshalb der Londoner Delegation ihre aufrichtige Anerkennung und ihren wärmsten Dank aus. Gleichzeitig verbindet sie damit die herzlichste Bitte, auf dem eingeschlagenen Weg unbeirrt fortzufahren zum Wohle des deutschen Volkes und zum Frieden der Welt.

Deutsche und sächsische Angelegenheiten.

(Unzureichende Postanschriften.) Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Mängel in der Aufschrift von Postsendungen, namentlich das Fehlen der Straße und Hausnummer sowie der Nummer der Zustellpostanstalt nach großen Städten wie Berlin, Breslau, Dresden, Hamburg, München, kommen leider im Postbetriebe täglich zu Tausenden vor und haben sehr oft Verzögerungen in der Zustellung zur Folge. Die Verteilung der für Dresden täglich in vielen Zentnern eingehenden Briefpost auf die Zustellämter wird beim Vorhandensein solcher Mängel noch dadurch besonders erschwert, daß in Groß-Dresden zahlreiche Straßen mit gleicher Benennung vorkommen. So erscheinen 14 Straßen 4 mal, 5 Straßen 5 mal und 1 (Schulstraße) 10 mal. Die beruflichen Verbände von Handel und Gewerbe haben bei einer kürzlich bei der Oberpostdirektion abgehaltenen Besprechung die Berechtigung der schweren Klagen der Post über mangelhafte Postanschriften und über die dadurch entstehenden großen Betriebs-

schwierigkeiten rückhaltlos anerkannt und ihre weitgehende Mithilfe bei der Ausrottung dieses weit verbreiteten Übels zugesagt. Zur Erzielung vollständiger Aufschriften kann jedermann viel beitragen, wenn er bei den von ihm ausgehenden Sendungen auf den Briefbogen, Briefumschlägen, Rechnungen usw. der Ortsangabe in hervorstechender Schrift seine Straße und Hausnummer und dort, wo mehrere Zustellpostanstalten in Frage kommen, die genaue amtliche Bezeichnung dieser Anstalt beifügt. Auch gut bekannte Großfirmen und Behörden sollten sich hierbei nicht ausschließen. Werden diese oft wiederholten Hinweise auf die Notwendigkeit genauer Postanschriften von den Postbenutzern nicht beherzigt, so wird man es der Reichspost nicht verzeihen können, wenn sie die ihr meist durch Gedankenlosigkeit und Gleichgültigkeit entstehenden, die Allgemeinheit belastenden Kosten durch Erhebung einer besonderen Gebühr auf die Schultern derjenigen abwälzt, die jene unnötigen Arbeiten verursachen.

(Wirtschaftsnachrichten durch Rundfunk.) Vom 15. August 1924 an werden durch den Unterhaltungs-Rundfunk täglich zwei-, dreimal besondere Wirtschaftsnachrichten für Landwirtschaft, Mühlenbesitzer und Getreidehändler verbreitet. Diese Mitteilungen werden vercodet übermittelt und können daher nur von denjenigen verwertet werden, die den Bezug dieser Nachrichten besonders beantragt und bezahlt haben. Diese Nachrichten sind also nur für den Geschäftsverkehr bestimmt. Bezüge der besonderen Wirtschaftsnachrichten kann jeder Rundfunkteilnehmer werden. Die Anträge auf den Bezug sind an den Eildienst für amtliche und private Handelsnachrichten G. m. b. H., Berlin, Bevollmächtigter für Ostpreußen, Posen und Brandenburg-Süd, Herr Direktor a. D. Reinhold Emmert, Dresden, Fürstenstraße 33, Fernsprecher 35 118, zu richten. Bezüge sind zu jeder Auskunft gern bereit. Es werden verlaubar: 1. Durch den Berliner Sender: Die Produkten von Berlin und Hamburg; die Schlachtviehmarktnotierungen von Berlin und Hamburg; Magdeburger Zucker; Nürnberger Hopfen; ausländisches Getreide c/o Hamburg; Berliner Kolonialwaren; von den Berliner Devisen (amtlich) Dollar, Pfund, Gulden und Schweizer Frank. 2. Durch den Leipziger Sender: Berliner Produkten; Hamburger Produkten; ausländisches Getreide c/o Hamburg; die Schlachtviehmarktnotierungen von Berlin und Hamburg; von den Berliner amtlichen Devisen Dollar, Pfund, Gulden und Schweizer Frank. — Die Codes sind denkbar einfach und bieten für den Laien keine Schwierigkeiten. — Für die Abhörung dieser Wirtschaftsnachrichten ist incl. Musik und Unterhaltung eine monatliche Gebühr von nur 17.— Goldmark bei der nächsten Poststelle zu zahlen.

(Gegen das Rauchen in den Schulen.) Das sächsische Ministerium für Volksbildung gibt in einer Verordnung bekannt, daß es aus gesundheitlichen und erzieherischen Gründen für geboten hält, daß das Rauchen in den Schulgrundstücken innerhalb des geordneten Unterrichtsbetriebes, insbesondere in den Unterrichtsräumen, den Gängen und dem allgemeinen Lehrerzimmer unterbleibt. Die Lehrerversammlungen haben hierüber nähere Bestimmungen zu treffen, die nötigenfalls in der Hausordnung aufzunehmen sind. Das Ministerium legt ferner dringend nahe, daß auch bei Schulwanderungen — vor allem während des Wanderns selbst — nicht geraucht wird und daß die Lehrer den Schülern hierfür das Beispiel geben.

(Wetterbericht) vom 25. August, abends. Die Ausläufer des über der Nordsee befindlichen „Hoch“ haben gestern noch vielfach Regenschauer veranlaßt, die in Begleitung von Gewittern waren und auch teilweise Hagel brachten. Die Temperatur ist ziemlich kühl. Da zunächst hoher Druck vom Ocean vordringt, so haben wir mit einer Besserung des Wetters für die folgenden Tage zu rechnen.

(Witterberatungen) finden statt: In Pulsnitz Mittwoch, den 27. August, nachmittags 3 Uhr im Rathaus 1 Trepp, in Grobnaundorf Freitag, den 5. September, nachmittags 3 Uhr in Böttchers Gasthof. Arzt wird in beiden Beratungen anwesend sein.

Bautzen, 23. August. (Mit der Verteilung der Mittel zur Beseitigung der Unwetter-schäden von Wiltchen und Umgebung) hat sich am Freitag der Bezirksausschuß beschäftigt. Regierung und Landtag haben befanntlich 500 000 M bewilligt. Davon wurden 300 000 M dem Bezirksverband überwiesen mit dem Anbehalten, im wesentlichen nur Darlehen auszugeben und nur in Fällen dringender Bedürftigkeit Beihilfen zu gewähren. Die Amtshauptmannschaft hat dementsprechend 60000 M



an Beihilfen verausgibt und 240 000 M an Gemeinden und Privatpersonen als Darlehen ausgegeben. Auf besonderen Bericht der Amtshauptmannschaft, die auf die großen Schäden an Wegen, Brücken und Wasserläufen hinwies, hat das Finanzministerium dann noch 100 000 M zur Verfügung gestellt, wovon 50 000 M für Wege- und Brückenbauten und 50 000 M zur Instandsetzung der Wasserläufe verwendet wurden. Die von der Amtshauptmannschaft veranstaltete Sammlung freiwilliger Spenden hat einschl. der Kollekte bisher 20 000 M erbracht.

Aus aller Welt.

Hamburg, 25. Aug. (Neue Entdeckungen auf dem Mars.) Bei den Beobachtungen des Mars auf der Hamburger Sternwarte konnte Professor Graff das Vorhandensein verschiedener Kanäle, die seinerzeit von dem Astronomen Schiaparelli entdeckt worden sind, und mehrere Sandstürme, die als Beweis für das Vorhandensein von Festland auf dem Mars betrachtet werden, feststellen. Weiter entdeckte Professor Graff schwarze Gebilde, die wohl als Marsmeere zu deuten sind, und intensiv gelbe Flecken, deren Ursprung noch völlig rätselhaft ist.

(Die Tannenbergsfeier in Ostpreußen.) Anlässlich der Tannenbergsfeier fand am Sonntag in allen Kirchen Festgottesdienst statt, an denen Hindenburg und Madensen teilnahmen. Am Nachmittag veranstaltete die staatsbürgerliche Arbeitsgemeinschaft eine Tannenbergsfeier. Hindenburg und Madensen wurden beglückwünschte Huldigungen dargebracht. Nach Vorträgen des Königsberger Gesangsvereins nahm der Bevollmächtigte Ostpreußens zum preußischen Staatsrat Freiherr von Seyl das Wort zu einer Ansprache. Er wies auf die trübten Tage hin, die unser Vaterland jetzt durchzumachen habe, das auf neue Verklüftung werden soll. In Hindenburg und seinen Mitarbeitern auf dem Schlachtfeld von Tannenberg verkörpert sich uns der lebendige Wille des deutschen Volkes zur Freiheit. Hindenburg dankte mit folgender Ansprache: Herzlichen Dank für das soeben gehörte Gelübde der Liebe und Treue zu unserem teuren Vaterland. Ich halte euch beim Wort. Bekräftigt daher das Gelübde mit mir zusammen mit dem Rufe: Unser teures Vaterland hurra! Den Worten Hindenburgs folgte der Gesang der ersten Strophe des Deutschlandliedes. Auch in der Provinz fanden allenthalben Feiern des Sieges bei Tannenberg statt. In Insterburg wurde am Sonnabend General Ludendorff von der Bevölkerung stürmisch begrüßt. Tilly beging am Sonntag in Anwesenheit Ludendorffs den Ostpreuzentag.

(Die Untersuchung gegen den Mord an dem Räuber Haarmann.) Die Polizeiverwaltung in Fulda teilt folgendes mit: In der Untersuchungssache gegen den Massenmörder Haarmann ist zweifellos festgestellt, daß derselbe auch hier in Fulda gewesen ist. Er ist hier Ende Mai oder Anfang Juni 1920 aufgetaucht und hat frisches Fleisch und Fett bei sich geführt und hier als Schweinefleisch oder Schweineunge zum Kauf angeboten. Aus den Umständen und

dem Aussehen des Fleisches und des Fettes ist zu schließen, daß dasselbe offenbar von einem getöteten Menschen herrührt. An Haarmann selbst wurden frische Blutspuren beobachtet, so daß mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden muß, daß der Verbrecher hier in Fulda oder nächster Umgebung mindestens einen Menschen ermordet hat. Weiter wurde festgestellt, daß Haarmann sich damals wiederholt am hiesigen Bahnhof aufgehalten und dabei einen jungen durchreisenden Menschen angesprochen und demselben 2 M. und ein Hemd geschenkt hat. Um wen es sich dabei handelt, ist bis jetzt nicht festgestellt. Wie der „Hannoversche Landesdienst“ hierzu an zuständiger Stelle erfährt, befreit Haarmann nach wie vor, jemals in Fulda oder, wie vor kurzem gemeldet wurde, in Celle gewesen zu sein. Er will sich nur einmal außerhalb Hannovers aufgehalten haben, und zwar ist er in Gemeinschaft mit Crang, dem mutmaßlichen Mitwisser seiner Schandtaten, in Hamburg gewesen.

(Das eigene Kind den Schweinen vorgeworfen.) Ein furchtbares Verbrechen ereignet in Südtirol großes Aufsehen. In dem Dorfe Fragsburg bemerkten einige Personen unter dem Schweinefutter in der Ecke eines Hofes Fleischstücke, die ihnen verdächtig vorkamen. Sie ergriffen Anzeige, und die Polizei untersuchte den Fall. Es stellte sich heraus, daß eine junge Kellnerin ihr kleines Kind auf Veranlassung der Dienstherrin den Schweinen vorgeworfen habe. Die Kellnerin und die Dienstherrin behaupteten, das Kind sei bei der Geburt tot gewesen, aber alle Anzeichen sprachen dafür, daß das Kind schon einige Tage lebte, bevor das Verbrechen begangen worden war. Die beiden Frauen wurden verhaftet.

Pflegen Sie Ihre und Ihrer Kinder Zähne nach fachärztlicher Vorschrift mit Dr. Bahr's Zahnpulver „Nr. 23“. Es ist zahnsteinlösend, tötet Krankheitskeime und erhält zeitlebend gesunde schneeweiße Zähne! Central-Drogerie Max Jentsch.

Vorausichtige Witterung. Mit wach: Abwechslend heiter und wolkig, ohne wesentliche Niederschläge. Nachts kühl, am Tage etwas wärmer. — Donnerstag: Ziemlich heiter, meist trocken. Nachts kühl, am Tage weitere Erwärmung. — Freitag: Zunehmend bewölkt, etwas wärmer, Regen, frühweiche Gewitter.

Dresdner Produktenbörse vom 25. August. (Amtliche Notierungen.) Die Preise verstehen sich pr. 100 Kilogramm in Goldmark. Getreide Ware über Notiz. Weizen, inländisch, 20,30—20,80, ruhig. — Roggen, inländ. 15,60—16,10, ruhig. Sommergerste, 20,00—22,50, stetig. Wintergerste 18,00—18,75, stetig. Hafer alter 18,00—18,50, ruhig, neuer 16,50—17,50, ruhig. Raps, scharf trocken 30,00—30,50, fest. — Mais 18,00—18,50, fest, kleintörnig 21,50—22,50, fest. — Weizen 20,00—21,00, ruhig. Lupinen, blaue 15,50—16,50, ruhig, gelbe 22,00—23,50, ruhig. — Futterlupinen 11,00—14,00, ruhig. — Bohnen 20,00—21,00, ruhig. — Erbsen 22,00—23,50, ruhig. — Weizenmehl 170—180, sehr fest. — Roggenmehl 13,25 bis 13,75, fest. — Weizenmehl 20,00—22,00, fest. — Kartoffelflocken 25,00 bis 25,50, fest. — Weizenkleie 11,60—12,00, fest. — Roggenkleie 10,60—11,00, fest. — Weizenmehl: Bädermüllmehl 33,50 bis

37,00, fest. — Inlandsweizen, Type 70 %, 32,00—34,00, fest. — Roggenmehl, Type 70 %, 26,00—27,00, fest. — Weizen, Erbsen, Weizen, Bohnen, Lupinen, Mehl (Mehl frei Haus) in Mengen unter 5000 Kilogramm ab Lager Dresden, alles andere in Mindestmengen von 10 000 Kilogramm waggonfrei fächischer Abdestationen.

Schlachtviehpreise auf dem Viehhof Dresden vom 25. August.

Table with columns: Schlachtvieh, Wertklassen, Preise i. G. M. pr. 50 kg f. Lebend- u. (im Durchschnitt) f. Schlachtgewicht. Includes categories like Rinder, Kälber, Hammel, Schweine with various sub-categories and prices.

Uebersicht über die an den Hauptmarkorten Deutschlands in der letzten Woche gezahlten Fettviehpreise. (Unberechtigter Nachdruck verboten.) Die Preise sind in Mark für 50 Kilogramm Lebendgewicht bzw. Schlachtgewicht (S bedeutet Schlachtgewicht) angegeben. Die erste Zahl bezeichnet den niedrigsten, die zweite den höchsten für die betreffende Vieh- und Schlachtart.

Table showing market prices for Rindvieh, Hammel, and Schweine across various locations like Nachen, Berlin, Bremen, etc.

Rönnigin Sphing. Roman von Erich Eckenstein. (Nachdruck verboten.) Klemens eilte hinüber nach den Wirtschaftsgebäuden und ließ Rilkes Wohnung in Gegenwart einiger Beamten gewaltig öffnen. Schon der erste Blick bewies, daß seine Ahnung ihn nicht betrogen hatte. Wirtes Durcheinander herrschte in den drei Räumen. Was Wert besaß, war verschwunden, im übrigen trug alles den Stempel einer raschen Abreise — für immer. Einer der Beamten trat in großer Erregung auf Klemens zu. „Herr Geraffer — nach dem, was wir hier sehen, möchte ich mir eine Frage gestatten: Geht es um die großen Wanderscheiter Waldungen an einem Holzändler verkauft? Ich traf heute zufällig mit dem Herrn Förster aus Radlach zusammen, der es von unserem Vorsteher persönlich erfahren haben will. Er wollte es nicht glauben, daß Sie...“ „Ich weiß kein Wort davon!“ sagte Klemens dumpf, während sich in seinem Kopfe alles zu drehen begann. „Der Vertrag soll aber Ihre Unterschrift tragen — nur dies hielt den Vorsteher...“ Klemens machte eine matte, abwehrende Bewegung und entfernte sich stumm. Er wußte genug. Es war ihm unmöglich, seinen Leuten länger Rede zu stehen. Wozu auch? Morgen würden es alle Zeitungen bringen, daß sich der alte Schulze erschossen hatte und sein Kompagnon durchgebrannt war. Daß diejenigen, die noch gehofft hatten, seit heute sechs Uhr abends wußten: die Firma Schulze & Co hat aufgehört zu existieren, und all das Geld, das man ihr anvertraute, ist rettungslos verloren. Nun kam dazu, daß Rilke Mondscheit entwertet hatte. Klemens hatte sich in sein Zimmer eingeschlossen und ging raslos auf und ab. War er ein Verräter? In den Augen der Welt vielleicht nicht. In seinen eigenen — ja. Und doch war es nicht das Schwerkelt, was ihn heute getroffen hatte. Hätte Marlene ihn geliebt, er würde, so sehr ihm Arbeit und Sparen bis jetzt auch gelegen, doch mit Freunden gearbeitet, mit Freunden ein neues Leben begonnen haben für sie.

Aber er wußte nun aus dem Munde ihrer eigenen Mutter, wie die Dinge lagen. Ihr Herz gehörte Arved — hatte ihm immer gehört! Und wie er auch dagegen ankämpfte, er fand keine andere Erklärung dafür, daß sie trotzdem seine Frau geworden, als diese: Mein Reichthum hat sie verlockt! Vielleicht wollte sie ehlich ankämpfen gegen die alte Liebe. Aber da kam Arved wieder in ihrer Nähe. Und dann... „Nein! Ich will nicht denken!“ sagte er laut und zornig zu sich selbst. „Nicht jetzt, wo alles Denken zu spät kommt. Es gibt für mich nur noch einen Weg hinaus aus all dem Elend... Das Schicksal selbst weist ihn mir!“ Bleich, aber äußerlich ruhig, setzte er sich an den Schreibtisch, und begann mit fester Hand sein Testament zu schreiben, in dem er Marlene als Universalerbin einsetzte. Es waren ja nicht mehr die Millionen, die sie verlockt hatten, die er ihr jetzt noch hinterlassen konnte. Aber ein anständiger Rest — genug, um ein neues Leben an der Seite des geliebten Mannes zu beginnen, nachdem auch er sich befreit hatte von drückenden Fesseln — würde schließlich doch noch übrig bleiben. Neben ihm am Schreibtisch lag Arveds Revolver. Er hatte ihn untersucht. Es waren noch vier Schüsse darin. Einer davon genügte. Draußen schlug es Mitternacht. Das Testament lag fertig geschrieben vor ihm. Klemens lehnte sich tiefatmend zurück und stülpte den Kopf in die Hand. Eines allein quälte ihn noch: Der Gedanke an Gertrud Bayer. Er konnte ihr blaßes, verklärtes Gesicht mit der hilflosen Trauer im Blick nicht los werden. Sein Tod würde auch ihr Schicksal bestimmen. Würde sie es erwinden? Sie stand fast verlassen im Leben da. Ihre Eltern waren tot. Und sie liebte ihren Mann abgöttisch — blind — wie Frauen lieben, deren ganzes Empfindungsleben sich für ewig auf den einen konzentriert, der es gereicht hat. Aber auch Marlene liebte wohl so. Sonst wäre Stolz und Pflichtgefühl nicht so kluglich unterlegen. Biddlich schreckte ein leises Klopfen an der Tür ihn aus seinen Gedanken. Wer konnte noch so spät zu ihm wollen? War etwas gekommen? „Klemens“, sagte da draußen eine schluchternde Stimme, „Du hast noch Licht. Daß ich zu dir?“ Es war Marlenes Stimme. Er sah sein Herz laut und heftig klopfen. In der

Brust, an den Schläfen, im Halse, überall. Aber er rührte sich nicht. Sie jetzt sehen, wo er abgeschlossen hatte — fertig war mit ihm, mit der Welt, mit allem —? Unmöglich! Das Klopfen wiederholte sich. Stärker, ungeduldig. „Klemens — ich muß dich sprechen! Bitte, mach auf!“ Ihre Stimme klang dringend. Hans Lauterbachs letzte Worte fielen ihm ein. „Sie hat heute viel durchgemacht. Sie braucht jemanden, der ihr zur Seite steht.“ Es ist feig, daß ich nur an mich denke, fuhr es ihm durch den Kopf. Noch bin ich ihr Mann. Noch hat sie ein Anrecht auf meine Stille... Er hob mechanisch eine Zeitung über Testament und Revolver. Dann erhob er sich schwerfällig, um zu öffnen. 25. Kapitel. Marlene trat ein. Nicht mehr die stolze Marlene, auch nicht die rätselhaft verschlossene, deren Seele niemand zu ergreifen vermochte, sondern ein schüchternes, besangenes, junges Weib, das unsicher zu ihm aufblickte. „Du wolltest mich sprechen“, sagte er, verumlicht liegt dir der Schreck noch in allen Gliedern und du konntest nicht schlafen? Aber du brauchst dich nicht zu sorgen. Hans meint, Dr. Bayer habe sich drüben in Thalack den Typhus geholt. Bei seiner kräftigen Konstitution wird er die Krankheit wohl überleben... Hans ist mit ihnen gefahren... es wird sicher alles gelingen... Er brach ab. Marlenes klar und fest auf ihn gerichteter Blick verwirrte ihn. Jetzt sagte sie leise und weich: „Nicht deshalb bin ich gekommen Klemens. Ich komme aus einem anderen Grund nicht einschlafen. Mama sagt immer, wenn es zwischen einander nahestehenden Menschen irgendeine kleine Verstimmlung gäbe, dürfte man keine Nacht verstreichen lassen, ohne sie durch offene Aussprache wieder aus der Welt zu schaffen. Daran möchte ich heute immer denken. Es scheint mir, als sei viel Unausgesprochenes zwischen uns. Das läßt mich keine Ruhe.“ Er schwieg. Schwer atmend stand er vor ihr. Was sollte er ihr antworten? Ihm kam es vor, als sei noch keine Stunde im Leben so schwer gewesen, wie diese. Marlene trat dicht an ihn heran und legte die Hand auf seinen Arm. „Komm“, sagte sie sanft, wir wollen uns sehen und dann offen miteinander plaudern. Es spricht sich schlecht stehend.“ (Fortsetzung folgt.)